Hollerich gegen Verbot anderssprachiger Predigten in Dänemark

24. Januar 2021



Brüssel (KNA) Der Präsident der katholischen EU-Bischofskommission COMECE, Kardinal Jean-Claude Hollerich, hat vor dem geplanten Verbot anderssprachiger Predigten in Dänemark gewarnt. „De facto würde das Grundrecht auf Religionsfreiheit unangemessen behindert“, sagte Hollerich am Freitag in Brüssel. Er sehe solche Tendenzen mit Sorge. Sie seien „Teil eines breiteren, zunehmenden Trends der Vernachlässigung des Grundrechts auf Religionsfreiheit in den EU-Mitgliedstaaten und sogar auf der Ebene des EU-Gerichtshofs“.

Die sozialdemokratische Regierung von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen will per Gesetz nur noch Predigten in dänischer Sprache erlauben. So soll Medienberichten zufolge mehr Kontrolle in muslimischen Gemeinden erreicht werden, in denen auf Arabisch gepredigt wird. Für die deutschsprachige sowie andere Minderheiten würde die Regelung bedeuten, dass sie alle Predigten auf Dänisch übersetzen und veröffentlichen müssten.

Das Ziel, Radikalisierung und Anstiftung zu Hass und Terrorismus zu verhindern, sei verständlich, so der Vorsitzende der EU-Bischofskommission. „Negative oder diskriminierende Auswirkungen“ auf Kirchen und Religionsgemeinschaften sollten aber

vermieden werden. Besonders betroffen seien kleinere Konfessionen, die nicht nur nicht über die finanziellen Mittel verfügten, um die Anforderungen zu erfüllen, sondern häufig aus Einwanderergemeinschaften bestünden, so Hollerich. Es brauche einen intensiven Dialog zwischen der Nordischen Bischofskonferenz, den Behörden und den betroffenen Gemeinden.

Zur Nordischen Bischofskonferenz gehören die katholischen Bischöfe von Oslo, Trondheim, Tromsö, Kopenhagen, Helsinki, Stockholm und Reykjavik. Ihre Aufgabe ist unter anderem, die kirchliche Arbeit in den dortigen Bistümern mit insgesamt rund 340.000 Katholiken zu fördern und den internationalen Kontakt zu erleichtern.

In der COMECE sind die Bischofskonferenzen der 27 EU-Mitgliedstaaten vertreten. Sitz des Sekretariats ist Brüssel. Die Kirchenvertreter dort halten Kontakt zu Parlamenten und Regierungen, um Politik im Sinne der kirchlichen Soziallehre mitzugestalten.

© KNA

Beitragsbild: Chickenonline via Pixabay

Stand: 16. November 2026